

SPD-Kreisverband Emmendingen

Beschlüsse der Mitgliederversammlung am 05.10.2022 in Sexau

Anträge 1 bis 3:

Antrag 1

Resolution des SPD-Kreisverbandes Emmendingen zum Kreisparteitag am 05.10.2022

Der SPD-Kreisverband Emmendingen unterstützt die aktuelle Politik der Bundesregierung zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine. In tiefer Trauer um die Opfer der kriegerischen Handlungen gegen die Ukraine und in großer Anerkennung der Leistungen der ukrainischen Armee und der vor Ort verbliebenen Zivilbevölkerung, sehen wir die bisher wirksamen internationalen Unterstützungshandlungen zur Verteidigung der Ukraine im Einklang mit unserer Sozialdemokratischen Grundwerten von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität für alle Menschen, aber auch als notwendigen Beitrag zur Verteidigung unserer europäischen Grundwerte und Ideen.

Wir fordern eine Aufrechterhaltung und Steigerung der militärischen, finanziellen, wirtschaftlichen und humanitären Unterstützung der Ukraine, sowie der Sanktionen gegen Russland. Alle Maßnahmen müssen in enger Abstimmung mit unseren Bündnispartnern in der EU und der Nato erfolgen.

Wir sehen die Waffenlieferungen an die Ukraine momentan als das wirksamste Mittel zum Beistand für den Verteidigungskampf der Ukraine um ihre Souveränität und Integrität, sowie der Wiederherstellung der Freiheit und Sicherheit ihrer Bevölkerung. *Eine diplomatische Lösung des Konfliktes sollte von allen Regierungen Europas und der USA angestrebt werden, auch wenn dies aufgrund der Handlungen und Verlautbarungen der russischen Regierung derzeit kurzfristig nicht realistisch erscheint.*

Weiterhin sollten die Bundesregierung und die EU-Kommission Finanzhilfen in größerem Umfang bereitstellen, mit denen die ukrainische Regierung auch weltweit Rüstungsgüter für ihren Freiheitskampf beschaffen kann.

Wir sprechen uns gegen die Lieferung von Kampfflugzeugen oder der Errichtung einer NATO-Flugverbotszone in der Ukraine aus. Die NATO oder deren Mitglieder dürfen weiterhin nicht aktiv in das Kampfgeschehen eingreifen oder auf anderen Wege in eine direkte kriegerische Auseinandersetzung mit Russland geraten.

Wir fordern die sofortige Einrichtung einer von den Vereinten Nationen überwachten demilitarisierten Zone um das Atomkraftwerk Saporischschja.

Wir fordern Unterstützung im Sinne von Amtshilfe durch deutsche Strafverfolgungsbehörden für die ukrainische Regierung und ihre Bürgerinnen und Bürger bei der strafrechtlichen Aufarbeitung und Verfolgung von Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen in der Ukraine.

Wir befürworten eine Perspektive für einen Beitritt der Ukraine in die Europäische Union.

Die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine muss innerhalb der EU fortgesetzt werden.

Wir fordern eine stärkere finanzielle Beteiligung des Bundes bei den Kosten der Aufnahme, Unterbringungen und Versorgung der Geflüchteten in den Städten und Landkreisen.

Langfristig hoffen wir auf eine Rückkehr Russlands zu einer Politik der friedlichen Koexistenz unter Wahrung aller völkerrechtlich anerkannten Staatsgrenzen *im Einklang mit der UNO-Charta* und einer engen Kooperation mit seinen Nachbarländern und der EU, sehen dies unter der aktuellen politischen Führung - nach den Bedingungen Russlands - jedoch als unmöglich an.

Es ist das alleinige Recht der Ukraine, über ihre territoriale Integrität und Ihre Bündnispolitik zu entscheiden. Einen Friedensschluss, unter Wahrung der ukrainischen Souveränität, erachten wir als möglich.

Die Ukraine kämpft nicht nur für die eigene Souveränität, sondern verteidigt auch das freie demokratische Europa.

Antrag 2

Der SPD-Kreisparteitag Emmendingen am 5.10.22 möge beschließen:

Eine einzurichtende Arbeitsgruppe soll sich grundsätzlich mit Friedenspolitik und deren Auswirkungen auseinandersetzt.

Folgende Kriterien sollen beachten werden:

1. Darstellung des militärischen Gefahrenpotentials durch mögliche Eskalationen
2. Mögliche innenpolitische Auswirkungen und Verwerfungen
3. Internationale Entwicklungen“

Antrag 3

Frieden auf der Erde – Frieden mit der Erde

Antrag zur Mitgliederversammlung der SPD

Kreis Emmendingen am 5. Oktober 2022

Empfänger: SPD Bundespartei, SPD Landespartei

Frieden muss das wichtigste Ziel sozialdemokratischer Politik sein.

Deshalb fordern wir:

- Die SPD setzt auf Bundes- und Länderebene Arbeitsgruppen bzw. Kommissionen zum Thema „Friedenspolitik und Vereinte Nationen“ ein. Diese sollen programmatische Grundlagen für eine sozialdemokratische Politik der Friedensförderung und Nachhaltigkeit für die Legislaturperiode und die Jahre bis 2030 formulieren. Ferner sollen sie aktuelle friedenspolitische Geschehnisse bzw. Konflikte beurteilen und kommentieren.
- Die SPD ernennt im Bundesvorstand - *in Doppelspitze* - zwei friedenspolitische Sprecher*, davon mindestens eine Frau.
- Die SPD setzt sich dafür ein, im Bundeshaushalt ein Ressort für Krisenprävention und -Mediation einzuführen.
- Die SPD verstärkt die innerparteiliche, und die internationale Vernetzung zu Frieden und Völkerrecht von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und versteht sich als Teil entsprechender zivilgesellschaftlicher auch internationaler Initiativen.
- Die SPD führt einen Bundesparteitag mit dem Schwerpunktthema „Frieden auf der Erde – Frieden mit der Erde“ durch.

Begründung:

Auch in kriegerischen Zeiten müssen wir friedensfähig bleiben. In der Tradition von Willy Brandts und Erhard Epplers muss Friedenspolitik auch in diesen Zeiten ein wesentliches und unverwechselbares Kernelement sozialdemokratischer Politik sein.

Bei der in Arbeit befindlichen Nationalen Sicherheitsstrategie, die die Leitplanken für die internationale Politik Deutschlands der kommenden Jahre festlegen soll, muss die SPD deshalb erreichen, dass sie nicht auf sicherheitspolitische Aspekte beschränkt bleibt oder Sicherheit gar mit militärischer Stärke gleichsetzt. Eine nationale Sicherheitsstrategie muss politisch geweitet und zu einer Nationalen Friedens- und Sicherheitsstrategie entwickelt werden.

Diplomatie, Krisenprävention und Zivile Konfliktbearbeitung müssen dauerhaft, systematisch - inhaltlich und in ihren Verfahren (z.B. Mediation) - ausgebaut werden.

Sozialdemokratische Initiativen für Rüstungskontrolle, Abrüstung und ein atomwaffenfreies Europa gehören unmittelbar zu einer zukunftsfähigen Sicherheitsstrategie. Ohne den Kampf gegen Klimakrise, Hunger, Pandemien und Artensterben (über und mit den Vereinten Nationen) führt eine Sicherheitsstrategie in die Irre. In der Strategie, die die Leitplanken der deutschen internationalen Politik bestimmen soll, müssen deshalb die Sicht und die Interessen des sog. „Globalen Südens“ (z.B. u.a. Indiens, Afrikas und Lateinamerikas) gehört und systematisch einbezogen werden. Die weltweiten Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine führen diese Notwendigkeit aktuell unübersehbar vor aller Augen.

Dabei sollte die deutsche internationale Politik die Linie verfolgen, Konfrontationen zu vermeiden oder abzubauen und unterschiedliche Interessen und Positionen auszugleichen und zusammenzuführen. Die damit verbundene Übernahme von weltweiter Verantwortung durch die Bundesrepublik Deutschland erfolgt auf der Grundlage unserer Überzeugungen und im Rahmen unserer Möglichkeiten.

Erfolgsbedingungen sind eine kraftvolle Wirtschaft, ein starkes demokratisches System und die Fähigkeit, das eigene Land und andere zu verteidigen.

Ziel dieses Antrags ist es, deutlich zu machen, dass Frieden zwischen Ethnien und Nationen ohne Frieden mit der Natur angesichts der ökologischen Krisen im Weltmaßstab nicht möglich sein wird. Auch Klimapolitik ist Friedenspolitik.

Unsere Partei hat eine doppelte DNA – Gerechtigkeit und Frieden.

Am erfolgreichsten war sie, wenn sie sich in beiden Politikfeldern aktiv und erkennbar engagierte. Diese Tradition im Sinne von Willy Brandt und Erhard Eppler neu zu beleben ist Sinn des Antrags. Die darin enthaltenen Vorschläge sollen dazu beitragen, dass hierzu aktuell und künftig geeignete und wirkmächtige Rahmenbedingungen geschaffen werden. Eine friedenspolitische Positionierung auf einem Bundesparteitag wäre ein guter erster Schritt. Seit Ende des Kalten Krieges sind wichtige (Verhandlungs-) Themen der deutschen und europäischen Außenpolitik zu Sicherheit und Frieden vernachlässigt worden.

Der Ukrainekrieg ist eine tiefe Zäsur für die Beziehungen und das Zusammenleben der europäischen Gesellschaften und Staaten – mit weltweiten Auswirkungen. Militärische und sicherheitspolitische Überlegungen bestimmen verständlicherweise aktuell die öffentlichen Debatten und Entscheidungen der Regierungen. Sicherheit ist ein Hauptpfeiler in der Außenpolitik, und sie wird auf absehbare Zeit in Europa ohne und gegen Russland entwickelt werden müssen. Für die Politik ist es aber wichtig, auch in kriegesischen Zeiten friedensfähig zu bleiben. Dazu gehört auch, dass die politischen Schlussfolgerungen aus der „Zeitenwende“ nicht nur oder überwiegend sicherheitspolitisch dominiert sind.

Die zahlreichen internationalen Probleme, die nach einer Lösung schreien, lassen sich nicht aus einer eng geführten sicherheitspolitischen Perspektive bewältigen. Deswegen ist eine mehrfache Öffnung der Debatte und der damit verknüpften politischen Entscheidungen notwendig.

Für die angekündigte Nationalen Sicherheitsstrategie heißt das u.a.:

- Zeitlich: Die Perspektive muss über die gegenwärtige Legislaturperiode auf die Jahre bis etwa 2030 hinausreichen.

- Inhaltlich: Der europäische Blickwinkel muss durch die Sichtweise / Probleme / Möglichkeiten der Länder des sog. "Globalen Südens" erweitert werden. Die mit Abstand stärkste Dynamik der Umweltzerstörung und Klimaerwärmung findet derzeit in den Entwicklungsländern einschließlich China statt. Gegenwärtig sind weltweit etwa 1300 neue Kohlekraftwerke im Bau oder in Planung, 90% von ihnen in Entwicklungsländern. Über die Problembeschreibung hinaus muss hier an -gemeinsamen - Lösungen gearbeitet werden.

- Methodisch: Diplomatie muss durch die Mittel der Mediation und anderer entwickelter Möglichkeiten ziviler Konfliktbewältigung ergänzt werden.

Krieg, Terror und Gewalt brauchen ein klares Nein. Die Politik darf an diesem Punkt nicht stehen bleiben. Es geht darum, politisch Handlungsräume zu schaffen, in denen sich Frieden entwickeln kann – zwischen den Staaten und innerhalb der Gesellschaften. Die Nationale Sicherheitsstrategie sollte deshalb als ein umfassendes Konzept der Bundesregierung zur Friedensförderung und Nachhaltigkeit in der internationalen Politik angelegt sein und dem Bundestag vorgelegt werden.